

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vierhundert)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 87/88.

Berlin, Sonnabend, 3. November 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis.

Wohnungsfrage und Freizügigkeit. — Psychologie und Berufswahl. — Der Bureaucratismus im Wirtschaftlichen. — Zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands-Literatur. — Anzeigen.

## Wohnungsfrage und Freizügigkeit.

Ebenso wichtig wie die Beschaffung von Nahrung und Kleidung ist für die Bevölkerung eine genügende, berechnete Anforderung entsprechende Bewohnung von Wohnungen. Darüber kann es gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Während wir aber im Kriege gelernt haben, bei aller Einschränkung, die wir uns auferlegen müssen, den notwendigen Bedarf an Nahrung und Kleidung mit Zubehörfabrikation von Ersatzstoffen, die natürlich nur als Notbehelf dienen dürfen, herzustellen, ist bei der Beschaffung von Wohngelegenheiten bisher nichts geschehen, und es konnte nach Lage der Dinge hierzu auch nichts Rechtes unternommen werden. Der Neubau von Wohngebäuden wurde schon vor Beginn des Krieges weniger stark betrieben. Es ist während der jahrelangen Kriegsbauer ganz unterblieben und wird auch voraussichtlich nach Beendigung des Krieges nicht gleich in vollem Umfang wieder einziehen können.

Die Gründe für eine zu erwartende mangelhafte Bauwirtschaft liegen auf der Hand. Es wird nicht leicht sein, die erforderlichen Kapitalien für den Baumarkt zu beschaffen. Die fünfprozentige Reichsanleihe hat große Summen in sich aufgenommen, die nicht leicht zu Bauzwecken freizumachen sein werden. Die gleiche Ursache erschwert auch die Bereitstellung erster Hypotheken, noch mehr aber der zweistelligen Hypotheken. Aus Rücksichten für die Bevölkerungspolitik werden deshalb das Reich, die einzelnen Bundesstaaten und die Gemeinden gezwungen sein, Mittel zum Bau von Kleinwohnungen bereitzustellen. Auch die großen Verkehrsunternehmen öffentlicher und privater Art werden herangezogen werden müssen, um den Baumarkt zu befruchten und Gelder zum Bau kleiner Wohnungen und zu Hypotheken zu verleihen. Der durch den Krieg und die Reichsanleihen in die Höhe getriebene Zinsfuß erschwert das Bauen, verteuert es, aber macht es trotzdem nicht unmöglich. Was nach dem Kriege unbedingt gebraucht wird, das muß beschafft werden, auch wenn größere Opfer und Anstrengungen hierzu notwendig sind. Daß aber die Lösung der Kleinwohnungsfrage eine unbedingte Notwendigkeit ist, kann niemand bestreiten.

Wenn es aber auch gelingt, die erforderlichen Kapitalien zum Kleinwohnungsbau, um den es sich in der Hauptsache doch nur handeln kann, freizumachen, dann fehlen uns in der ersten Zeit nach dem Kriege noch immer die zum Bauen notwendigen Materialien. Unsere Ziegeleien haben ihre Betriebe so gut wie ganz eingestellt. Die betreffenden Arbeiter mußten sich anderen Berufen zuwenden, weil ihnen der Ziegeleibetrieb zur Zeit keine Existenzmöglichkeit bietet, und weil sie als hilfsdienlich betrachtet werden. Sie sind daher zum größten Teil in die Rüstungsindustrie abgewandert, und es bleibt abzuwarten, inwieweit sie nach dem Kriege wieder in ihre früheren Berufe zurückgehen werden. Ähnlich liegt es in der Ralkindustrie. Die Zementindustrie arbeitet heute fast ausschließlich für den Seeresbedarf, soweit sie das zu tun vermag. Auch Bauholz und alle die anderen vielen Dinge, die zum Wohnungsbau

nötig sind, fehlen uns mehr oder weniger, so daß es nach dem Kriege einer längeren Zeit bedürfen wird, um erst einmal alle die notwendigen Materialien herzustellen und heranzuschaffen, ehe mit dem Bauen selbst begonnen werden kann, selbst wenn die erforderlichen Gelder aufgebracht werden können. Es bedarf also zweifellos großer Anstrengungen, um die Deckung des Wohnungsbedarfs so zu gestalten, wie es notwendig ist.

Die Zahl der leerstehenden kleinen und mittleren Wohnungen ist in den Großstädten und Industriebezirken während des Krieges nicht unbedeutend zurückgegangen. Der Bedarf danach wird aber nach dem Kriege recht groß sein. Nicht allein, daß viele Familien, die früher eine größere Wohnung inne hatten, durch die Kriegsverhältnisse genötigt sind, mit einer kleinen für sich zu nehmen, sondern auch die große Zahl der kriegsgetrauten Paare geht dann auf die Suche nach Kleinwohnungen. Die aus dem Seeresdienst entlassenen unverheirateten Männer fühlen nach den ungeheuren Entbehrungen der Kriegszeit das ganz natürliche Bedürfnis zur Gründung einer Familie, und dazu gehört eine Wohnung. Die Nachfrage wächst somit weit über das Angebot hinaus, und es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einer Wohnungskalamität entgegen gehen, wenn es nicht gelingt, eine zweckmäßige Regelung herbeizuführen. Es wird in der ersten Zeit nach dem Kriege leider nicht zu vermeiden sein, daß Räume, die unter normalen Verhältnissen nicht allgemein als Wohnungen gelten können, zeitweilig zu Wohnzwecken hergestell und benutzt werden müssen. Das darf aber eben nur als Notbehelf dienen und keineswegs zur Regel werden. Wollen wir unser Volk an Leib und Seele gesund erhalten, dann muß auch dem Wohnbedarf in angemessener Weise Rechnung getragen werden. Bei autem Willen seitens der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden wird das auch erreichbar sein.

Von verschiedenen Seiten sind nun auch Stimmen laut geworden, daß man der drohenden Wohnungskalamität in den Großstädten und Industriebezirken dadurch begegnen bzw. die drohende Not mildern soll, daß der Zugang vom platten Land und aus den Kleinstädten verhindert oder doch wesentlich eingeschränkt wird. Es sind Absichten laut geworden, die Freizügigkeit, die in der Kriegszeit durch das Hilfsdienstgesetz so gut wie aufgehoben ist, auch nach dem Kriege weiter einzuschränken, solange nicht genügend brauchbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Man hat vorgeschlagen, nur die Leute in die Großstädte und Industriebezirke einwandern zu lassen, die den Nachweis einer passenden Wohnung erbringen. Wir können uns mit einem hierauf gerichteten allgemeinen Verbot nicht befreunden, obwohl wir die Schwierigkeiten nicht verkennen, die sich entwickeln müssen, wenn der Zustrom so stark wird, daß er zur Wohnungs-katastrophe führen muß. Aber wir glauben doch, daß es eines besonderen Verbots nach dieser Richtung nicht bedarf, sobald deutlich und öffentlich in die Erscheinung tritt, daß die Zuwandernden keine Wohnung finden können. Dann werden sie ganz von selbst den schon überfüllten Städten und Industriebezirken fern bleiben. Jedoch scheint uns eine dahingehende Warnung durchaus am Platze zu sein. Das ist schon deswegen nötig, damit die Wohnungsmieten neben der unausbleiblichen Steigerung, die in den Verhältnissen begründet liegen, nicht noch durch außerordentliche Nachfrage unerwünscht in die Höhe getrieben werden. In diesem Falle wird die Not, die ganz von selbst eintritt, noch unnatürlich erhöht.

Nicht nur Arbeitsgelegenheiten, sondern auch Wohnungen müssen der auf die Arbeit angewiesenen Bevölkerung zur Verfügung stehen; ohne beides geht es nun einmal nicht. Wie ist da zu helfen? Unsere Landwirtschaft wird nach dem Kriege Arbeitskräfte in größerer Zahl nötig haben. Sie ist wohl der einzige Produktionszweig, der einer längeren Ubergangszeit nicht bedarf. Ihr Ertrag muß aber gesteigert werden, wenn wir in absehbarer Zeit aus den Ernährungs Schwierigkeiten herauskommen wollen, und das ist bitter notwendig. Es gilt also, der Landwirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, zumal da wir auf die große Zahl ausländischer Arbeiter, über die wir vor dem Kriege verfügten, dann nicht mehr rechnen können. Wenn aber die zur Landarbeit geeignete Arbeiterkraft auf dem Lande bleiben soll, statt in die Industrie abzuwandern, dann sind für die Arbeitergruppen Reformen notwendig, die unbedingt herbeigeführt werden müssen. Hierzu gehört neben einer angemessenen Entlohnung und Behandlung auch die Befreiung aller veralteten Bestimmungen, die das Koalitionsrecht der Landarbeiter behindern. Auch hierbei bedarf es einer „inneren Neuorientierung“, einer Sinnveränderung aller, unzeitgemäßer Bestimmungen und einer Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern. Dann wird es der Landwirtschaft auch eher gelingen, genügend Arbeitskräfte zu erhalten, wenn sie das will und der ungewisse Zugang in die große Stadt wird vermieden oder doch wesentlich eingeschränkt.

Mit der voraussichtlich bedeutenden Einschränkung der Rüstungsindustrie nach Friedensschluß ist aber auch eine Verschiebung der Arbeitskräfte verbunden. Die jetzt in Rüstungsbetrieben Beschäftigten stehen dann größtenteils vor der Notwendigkeit, sich neue Arbeitsgelegenheiten zu suchen. Nicht alle können zur Landwirtschaft übergehen; auch Handel und Industrie brauchen Arbeitskräfte, um das wieder neu erheben zu lassen, was der Krieg zerstört hat. Die neue Arbeitsstelle bedingt dann gegebenenfalls auch einen Wohnungswechsel, der aber oft vermeidbar ist, wenn unsere Verkehrsverhältnisse einer gründlichen Besserung unterworfen werden. Nach dem Kriege muß das möglich sein. Nicht nur billige Fahrpreise sind dann erforderlich, sondern auch die Einführung besonderer Züge, die es den Arbeitern ermöglichen, zur rechten Zeit an der Betriebsstelle zu sein und nach Schluß der Arbeitszeit ohne lange Verzögerung nach Hause zu fahren. Dasselbe trifft auch auf die Straßenbahnen zu, die gleichartige Vorkehrungen treffen müssen. Die Ziedlungsbestrebungen, die Kriegerheimstättenfrage und alles, was damit im Zusammenhang steht, können erst dann eine praktische Lösung finden, wenn billige und geeignete Fahrgelegenheiten und Verkehrsverhältnisse eingerichtet werden.

Es gibt somit auch andere Wege, die zur Beschränkung einer übermäßigen Einwanderung in Großstädte und Industriegebiete führen wie die Behinderung der Freizügigkeit auf dem Wege des Zwanges und der Verbordnungen. Aufräumar der breiten Schichten des Volkes ist erforderlich, die gleichzeitig in eine Warnung vor solchem Zugang ausklagen muß, unter Hinweis auf die drohende Wohnungsnot. Insbesondere muß sich diese Aufklärungsarbeit auf die Kriegsinvaliden, auf die Kriegserwitwen und deren Familien erstrecken, damit diese nicht, angelockt durch eine ideenreicher bessere Lebenshaltung in der Stadt, unbedachterweise einem ungewissen Schicksal in die Arme getrieben werden und das Wohnungsbedürfnis, wenn

auch ungewollt, vergrößern helfen. Diese aufklärende Tätigkeit muß schon jetzt einsetzen. Sie muß von allen Behörden, von der Presse und allen Organisationen in die Hand genommen werden, auch wenn die Grundstückspekulanten Jeter und Mordio schreien. Jetzt ist es noch Zeit in diesem Sinne zu wirken, und wir zweifeln nicht an dem Erfolg, der auch ohne gesetzliche oder verordnungsmäßige Einschränkung der Freizügigkeit erreichbar erscheint.

### Psychologie und Berufswahl.

Im Betriebe der sächsischen Staatseisenbahnen werden seit einiger Zeit an den Stellenanwärtern Versuche über die Brauchbarkeit im Eisenbahndienst gemacht, die weit über das hinausgehen, was bisher bei solchen Prüfungen vorgenommen worden ist. Handelte es sich bisher bei den Einstellungsprüfungen hauptsächlich um Untersuchungen über die allgemeine geistige Veranlagung, so gehen diese Prüfungen von einer ganz anderen Grundlage aus. Nicht lediglich die allgemeine geistige Veranlagung soll geprüft werden, sondern die besondere Veranlagung für den Dienst, der bei der Eisenbahnverwaltung und ganz besonders im Fahrdienst zu verrichten ist. Dabei müssen vorausgesetzt werden: Schnelligkeit des Entschlusses, Ausdauer, Energie, ein Nervensystem, das sich nicht durch plötzlich auftretende Hindernisse und Zwischenfälle in Unordnung bringen läßt usw. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen aufzuführen, auf welche Weise diese Prüfungen durchgeführt werden; von Bedeutung ist jedoch, daß man mit ihren Ergebnissen zufrieden ist und daß sie noch weiter fortgesetzt werden sollen.

Das weist auf ein Gebiet hin, das zwar erst in den letzten Jahren und vorläufig auch nur vereinzelt besprochen worden ist, das jedoch alle Aussicht hat, bei der Berufsberatung der Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen: auf die Veranlagung der Psychologie bei der Frage, welchen Beruf die jungen Leute ergreifen sollen. Abgesehen von den Einflüssen, die sich aus der gesellschaftlichen Stellung der Eltern und der nächsten Angehörigen und aus dem Streben ergeben, bei den Kindern in der sozialen Stufenleiter nicht herabzugesinken, wurden bisher bei der Berufswahl höchstens noch die Zukunftsaussichten des zur Wahl gestellten Berufes erörtert, und bestenfalls kam noch die Frage in Erwägung, ob der betreffende geistigbetitelt für den in Aussicht genommenen Beruf geeignet ist. Dabei konnte meistens gar nicht oder doch nicht in zureichender Weise festgestellt werden, ob der Berufsanwärter etwa auch eine besondere Begabung für den gewählten Beruf mitbringt. Vielleicht fehlt ihm gerade das, was die Ausübung des Berufes zu einem erfolgversprechenden machen könnte.

Hier will nun die Methode einwirken, mit der im Betriebe der sächsischen Eisenbahnen der Anfang gemacht worden ist, deren Anwendung aber auch in anderen Berufen von Nutzen erscheint. Es gibt schon jetzt Befürworter dieser mit Zuhilfenahme der Psychologie durchgeführten Prüfungen, die darauf hinweisen, daß die Unterlagen für solche Prüfungen schon in den Schulen geschaffen werden müßten, vor allem dadurch, daß der Individualität der Kinder eine größere Aufmerksamkeit zugewendet wird, daß die Kinder vor allem in der Schule nicht nur daraufhin beobachtet werden, was nachher in den Zeugnissen zu einem bestimmten Urteil geformt wird, sondern auch über das, was den Schulbetrieb nicht mehr angeht, namentlich nach der Richtung einer Sonderbegabung, die nicht in den eigentlichen Schulbetrieb paßt.

Es ist gewiß nicht richtig, daß alle großen Männer schlechte Allgemeinbildner waren, aber es steht fest, daß recht viele von ihnen für manche Fächer nur eine geringe Begabung hatten und dementsprechend auch ein geringes Interesse zeigten, daß sie sich aber desto stärker zu den Fächern hingezogen fühlten, die ihnen die Grundlagen schufen für ihre die ganze Menschheit fördernde Tätigkeit. Solchen Sonderbegabungen sollten in der Schule diese oder jene Pflichtstunden in denjenigen Fächern erlassen werden, in denen sie doch nichts leisten. Der Gewinn, den solche Sonderbegabte aus diesen ihnen auferlegten mühseligen Pflichtstunden ziehen, ist fast immer nur ganz gering, und das Wenige, was sie dabei lernen, geht ihnen auch bald wieder verloren, gewissermaßen, weil sie kein Organ haben, den in Betracht kommenden Lehrstoff in sich aufzunehmen oder gar innerlich zu verarbeiten. Noch nach mancher anderen Richtung hin wäre es möglich, den Sonderbegabten, denen, die in einem Fache einen überdurchschnittlichen Verstand, überragende Begabung, Geschicklichkeit oder Kombinationstalent zeigen, eine

erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei ist freilich Voraussetzung, daß die Lehrer in allen Schulen tiefer in das Verständnis der Psychologie eindringen, daß sie sich nicht damit begnügen, bei der Beurteilung eines Schülers nur das heranzuziehen, was in den Lehrplan paßt, sondern daß sie darüber hinaus auf alles Obacht geben, was für die Beurteilung in Betracht kommt. Wenn dabei heute noch keine großen Erfolge zu erzielen sind, so könnten sie jedoch für die Zukunft erzielt werden, besonders wenn sich die Pädagogen einigender damit beschäftigen. Zudem läßt sich in der Berufswahl schon jetzt mancher Lebensweg anders gestalten, wenn nur ein negatives Urteil befolgt werden könnte, wenn mit einer gewissen Sicherheit behauptet und bewiesen werden kann, daß sich jemand für diesen oder jenen Beruf nicht eignet.

Der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ kann nur so gedeutet werden, daß nach Möglichkeit und soweit nicht menschliche Irrtümer und Unvollkommenheiten mit hineinspielen, jeder an den Platz gestellt werden soll, den auszufüllen er am besten geeignet ist. Diesen Grundsatz durchzuführen wird besonders nach dem Kriege unser Interesse gebieten. Dazu kann aber die Berücksichtigung der Psychologie bei der Berufswahl Wertvolles beitragen. Es ist zu hoffen, daß die Erfahrungen, die im Betriebe der sächsischen Eisenbahnen bei den eingangs erwähnten Prüfungen gemacht worden sind, später einmal weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Dann wird sich auch die Gelegenheit finden, die Frage einmal im einzelnen und durch bestimmte Beispiele bekräftigt zur Erörterung zu stellen. A. W.

### Der Bureaufatismus im Wirtschaftsleben.

Eine der unangenehmsten Begleitercheinungen einer jeden Organisation ist der Bureaufatismus, das Ueberwuchern des lebendigen Geistes durch einen schematischen Formelkram. Im Innern einer Organisation bildet sich im Laufe der Zeit eine Ueberlieferung, die immer mehr Macht gewinnt über die leitenden Personen und sie zuletzt fast völlig in ihren Bann schlägt. Diese Ueberlieferung, die sich nicht nur in äußeren Formen bemerkbar macht, sondern auch dem geistigen Leben den Stempel aufdrückt, ist an und für sich wertvoll, weil in ihr die Erfahrungen, Beobachtungen und Versuche zahlreicher Menschen, manchmal ganzer Geschlechter, aufgespeichert sind, aber sie vertieft auch den Trägern der Ueberlieferung ein bedeutendes Uebergewicht über die Neulinge, die von außen hinzukommen. Ihre Gesetze besteht darin, daß sie den maßgebenden Personen, die in ihr groß geworden sind, das Gefühl der Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit einflößt, so daß sie jede Kritik und jedes Eingreifen in „das bewährte System“ als eine unliebsame Störung empfinden und als einen dreisten Eingriff in abgeleitete Rechte zurückweisen. Sie wissen und kennen alles besser als andere Leute, und deshalb können sie den alten Faden unbedrossen weiter bis an ihr jänseliges Ende. Die Folge davon ist eine Erstarrung und Verknöcherung der Organisation. Es fehlt an dem richtigen Verständnis für die Anforderungen des täglichen Lebens und für die Bedürfnisse des Tages, und daraus entzieht dann das Gefühl der Missetimmung in allen, die unter der Handhabung des veralteten Schemas zu leiden haben.

Leider hat uns der Krieg in unireum wirtschaftlichen Leben genug Bureaufatismus gebracht. Weil der Staat sich genötigt sah, mit eiserner Hand in unsere Volkswirtschaft einzugreifen, um die Lebensmittelverteilung und Lebensmittelverteilung zu ordnen, konnte es nicht ausbleiben, daß das bureaufatistische Regiment die Ueberhand gewann. Die Behörden glaubten, der Sache gewachsen zu sein und des sachkundigen Rates der Fachleute entbehren zu können, weshalb sie aus dem Dangehen heraus Juwvansorganisationen ins Leben riefen, in denen Sauf Bureaufatismus die erste Hölle spielte. Anstatt sich auf bestehende Organisationen — zumal die Genossenschaften — zu stützen und sie zur Mitarbeit heranzuziehen, griffen sie die Sache nach eigenem Ermessen an. Die Mißerfolge blieben nicht aus und die trafen Beispiele bureaufatistischer Mißwirtschaft erregten überall Mißsehen und Entrüstung. So kam dann das ganze System in Verfall. Eine jede Möglichkeit, unsere Lebensmittelversorgung mit Hilfe einer Organisation zu regeln, wurde schlankwegs bestritten, das freie Spiel der Kräfte, das schrankenlose Schalten und Walten des freien Handels, wurde als das einzige Rettungsmittel hingestellt. Und doch ist diese Beweisführung völlig

falsch. Der Bureaufatismus, dem die Schuld an dem Sätern der Organisation unserer Volkswirtschaft zugeschrieben wird, ist keineswegs im Wesen der Organisation begründet, sondern er ist lediglich ein Auswuchs, der bereitwillig werden kann. Die Mitglieder einer Organisation haben eben die Pflicht, die Augen offen zu halten und darüber zu wachen, daß ständig frischer Luftzug von außen zugeführt wird, damit keine Luftstagnation eintritt. Die rege Anteilnahme aller Beteiligten ist das beste Mittel, den Bureaufatismus nicht aufkommen zu lassen, damit die Maschine immer im Ganzen bleibt. Wenn allerdings die Mitglieder alle Tätigkeit dem Ermessen der Leitung anheimgeben und selbst die Hände in den Schoß legen, so muß der Bureaufatismus allmählich die Herrschaft gewinnen. Wo aber ein reiner Meinungs-austausch besteht zwischen Leitung und Mitarbeiter, da bleibt die Organisation frisch und gesund.

### Zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Zur Beobachtung und Ueberwachung der Geschlechtskrankten sollen bekanntlich im ganzen Reich Beratungsstellen eingerichtet werden. Ueber die Entwicklung dieser Einrichtungen gibt ein Erlaß Aufsicht, der im Anhang d. J. vom Reichsversicherungsamt an die Vorstände sämtlicher Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten versandt worden ist. Demnach bestehen im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen zurzeit Beratungsstellen in Königsberg, Allenstein, Pgd., Insterburg und Tilsit. Die Landesversicherungsanstalt Westpreußen beschränkt für die Dauer des Krieges ihre Fürsorge auf die Ueberwachung und etwa nötige Weiterbehandlung der ihr von der Militärverwaltung gemeldeten entlassenen Kriegsteilnehmer. Diese werden von den für ihren Wohnort zuständigen Kreisärzten nachunterprüft, gegebenenfalls weiterbehandelt, sonst in Ueberwachung genommen. Der ursprüngliche Plan der Landesversicherungsanstalt Berlin, neben der Beratung auch die Behandlung der Kranken zu übernehmen, hat sich bisher nicht verwirklichen lassen. Es ist seit dem 1. Mai 1917 eine Beratungsstelle im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt in Tätigkeit getreten, die sich starken Zuspruchs erfreut. In Verbindung mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg haben die Städte Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Brandenburg a. S., Bittenberge, Prenzlau, Landberg a. W. und Cottbus Beratungsstellen eingerichtet. Ferner bestehen Beratungsstellen als Einrichtungen der örtlich zuständigen Landesversicherungsanstalten in Stettin, Köslin und Stralsund, in Posen und Bromberg, in Magdeburg, Halle a. S., Erfurt und Dessau, in Altona und Kiel, in Hannover, Göttingen, Lsnabrück, Lüneburg, Wilhelmshaven und Emden, in Münster i. W., Neubaus i. B. und Dortmund, in Frankfurt a. M., in Düsseldorf, Essen, Elberfeld, Grefeld, Cöln, Bonn, Coblenz, Kreuznach, Trier und Saarbrücken, in München, Landsberg a. L., Traunstein, Ingolstadt, Landshut, Straubing, Deggendorf, Passau, Speyer, Amberg, Regensburg, Bayreuth, Nürnberg, Würzburg und Augsburg, in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Jwidau und Plauen, in Stuttgart, in Karlsruhe, in Mainz, Gießen, Darmstadt, Offenbach und Worms, in Saaverin, Kilstad und Neustrelitz, in Jena, in Oldenburg, in Braunschweig, Lbedinghausen, Wolfenbüttel, Calvörde, Gandersheim, Schöningen, Stadtholzenberg, Blankenburg und Harsfeld, in Hamburg, Bremen, Lübeck, Bremerhaven und Cuxhaven, in Stralsburg i. G. und Meck. Die Sonderanstalten haben eigene Beratungsstellen nicht eingerichtet mit Ausnahme der Seefische, die eine Beratungsstelle in Hamburg ins Leben gerufen hat. Hiernach kann zurzeit mit einem Bestande von 93 Beratungsstellen gerechnet werden.

An den genannten Beratungsstellen sind außer der einrichtenden Versicherungsanstalt teilweise auch andere Versicherungsanstalten, Sonderanstalten und die Reichsversicherungsanstalt für Angefallte beteiligt. Die Beratungsstellen sind meist in Verwaltungsgebäuden von Landesversicherungsanstalten, Ortskrankenkassen oder Ueberversicherungsämtern, in städtischen Krankenhäusern oder anderen städtischen Dienstgebäuden untergebracht. Bei 58 Beratungsstellen, für die Angaben vorliegen, ist der beratende Arzt in 4 Fällen Hochschullehrer (Frankfurt a. M., Bonn, Leipzig, Jena), in 23 Fällen beamtet und in 20 Fällen Sacharzt für Geschlechtskrankheiten. Die Sprechstunden sind im allgemeinen in arbeitsfreie Zeiten gelegt und für Männer und für Frauen getrennt eingerichtet. Zumeist findet die Beratung für

Männer und Frauen an verschiedenen Wochentagen hat.

Als Ende 1916 waren bei den Beratungsstellen gemeldet 4839 Personen. Davon entfielen 2025 auf die Landesversicherungsanstalt der Sanitätsstädte, 881 auf die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, 634 auf die Landesversicherungsanstalt Hannover und 338 auf die Landesversicherungsanstalt Brandenburg.

Von den Gemeldeten wurden bis Ende 1916 in Fürsorge genommen 1474 Männer und 1137 Frauen, davon in den Sanitätsstädten 750 Männer und 636 Frauen. Soweit darüber Angaben vorliegen - für die Beratungsstelle in Samburg ist dies nicht der Fall -, waren verheiratet 297 Männer und 219 Frauen, d. i. v. S. der in Fürsorge genommenen 41 bei Männern und 44 bei Frauen. Es wohnten in Orten über 3000 Einwohner 1047 (85 v. S.), in kleineren Orten 178 (15 v. S.) Personen. Von den in Fürsorge genommenen Personen waren 233 vorher noch nicht ärztlich behandelt.

Die Zahl der Beratungen betrug 3307. Diese Zahl ist größer als die der in Fürsorge Genommenen, weil manche Personen im Laufe des Geschäftsjahrs mehrfach beraten worden sind. Unaufgefordert oder auf erstmalige Aufforderung erschienen 1468 Männer und 1395 Frauen, erst nach wiederholter Aufforderung 211 Männer und 233 Frauen. Nicht erschienen waren 1642 Personen (1453 in den Sanitätsstädten). Darunter befanden sich 588, bei denen eine Nachuntersuchung durch den behandelnden Arzt stattfand, 368 waren unauffindbar oder verzogen und 686 blieben der Beratungsstelle trotz zweimaliger Aufforderung und unentschuldig fern.

Die Beratung führte zur Feststellung von Krankheitserscheinungen, die eine Kur erforderten, in 764 Fällen, zur Empfehlung einer vorbeugenden Kur bei Syphilis in 105 Fällen. Hierbei sind 1103 Fälle der Beratungsstelle in Samburg, bezüglich deren Einzelheiten nicht festgesetzt sind, unberücksichtigt geblieben.

Die Kosten der ersten Einrichtung der Beratungsstellen betragen, soweit hierüber Meldungen vorliegen, 33 961 M., die laufenden Kosten des Betriebs 36 833 M.

Die bisherige Entwicklung der Beratungsstellen darf hiernach als erfreulich bezeichnet werden. Aufgabe der nächsten Zukunft wird es sein, das Verhältnis zu der Wirtschaft, den Krankenkassen und den Verbänden der Arbeiter und Angestellten noch enger zu gestalten und durch den Einfluß, der von diesen verschiedenen Stellen aus auf die Bevölkerung geübt wird, Einsicht und Vertrauen zu der neuen Einrichtung zu stärken. Für die weitere Arbeit der Versicherungssträger bedeutet die Stellungnahme des Reichstags zu den Anträgen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik eine wertvolle Unterstützung. Nach dem ausführlichen Teilbericht dieses Ausschusses wurde dem tatkräftigen Vorgehen des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsanstalten mit Dank und Anerkennung zugestimmt. Man erwartet von den Beratungsstellen eine erfolgreiche Mitarbeit bei der Eindämmung der Geschlechtskrankheiten und war einig in der Würdigung und Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeit der Beratungsstellen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 2. November 1917.

Unter der Parole Wohnungsreform fand am 30. Oktober im „Rheinpaal“ zu Berlin eine Kundgebung statt, die hoffentlich ihren Eindruck auf die maßgebenden Körperschaften nicht verfehlen wird. Ueber 300 Personen hatten sich zusammengefunden, um dem dringenden Bedürfnis nach einer Reform des Wohnungswezens breiten Ausdruck zu verleihen. Außer Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden nebst zahlreichen Reichs- und Landtagsabgeordneten aus fast allen politischen Parteien, hatten sich die Vertreter der größten wirtschaftlichen Organisationen zusammengefunden, um ihr Einvernehmen mit dem deutschen Wohnungskonferenz, dem Veranstalter der Tagung, zu erklären. Den einleitenden Vortrag hatte der Universitätsprofessor Dr. Fuchs-Lübbers übernommen, der an der Hand eines reichen Materials den Zustand des letzten Wohnungswezens schilderte, die Gefahren hinwies, die über das deutsche Volk hereinbrechen müßten, wenn nicht sofort energische Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus getroffen werden, und zu eifriger Zusammenarbeit aller Schichten mahnte, nicht nur um die Dankeschuld an unsere heldenmütigen Krieger

abzuzahlen, sondern auch im Interesse der Zukunft des deutschen Vaterlandes. Im einzelnen begründete der Redner folgende Leitsätze:

Die am 30. Oktober 1917 in Berlin im „Rheinpaal“ auf Einladung des Deutschen Wohnungsausschusses tagende Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformkreise erklärte:

1. Eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform ist ein unabwiesbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Inangriffnahme dieses Wertes kann nicht ohne den größten Schaden noch länger aufgeschoben werden.

2. Als nächste wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern:

1. Zur Lösung der Wohnungsfrage: Gefällige Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, Vorkaufrechtes usw., billige Vergabe fiskalischer, kommunaler und sonstigen öffentlichen Landes, sowie Grund- und großer gemeinnütziger Boden- und Siedlungsgesellschaften mit weitgehender öffentlicher Hilfe.

2. Zur Lösung der Kapitalfrage: Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden, sowie organische Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswezens.

3. Verbesserung der Verwaltungsorganisation für das Wohnungswezen durch Errichtung einer Zentralstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamte des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswezen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßregeln in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten.

4. Das baldige Zustandekommen der preussischen Wohnungsreformgesetzgebung.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schlossen sich Erklärungen von Parlamentariern und Vertretern der einzelnen wirtschaftlichen Gruppen, so der Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenorganisationen, der Mietervereine, der Krankenkassenverbände, des Bundes deutscher Frauenvereine usw. Sämtliche Redner waren durchdrungen von der Notwendigkeit, daß auf dem Gebiete des Wohnungswezens gründliche und schnelle Maßnahmen getroffen werden müssen, wenn nicht ähnliche Zustände eintreten sollen, wie sie nach dem Kriege 1870-71 in verschiedenen großen Städten sich gezeigt haben. Zum Schluß fanden obige Leitsätze einstimmige Annahme.

Wenn man bedenkt, daß die Organisationen, die in dieser Versammlung vertreten waren, viele Millionen Deutscher hinter sich haben, so darf man annehmen, daß die Kundgebung nicht nutzlos an den in Frage kommenden Stellen vorübergeht und darf hoffen, daß nun endlich energische Schritte unternommen werden zur Verhütung der Gefahren, die sonst unvermeidlich über uns hereinbrechen werden. Es ist aber jetzt die höchste Zeit, daß etwas geschieht.

Die Verhütung von Notstand bei der Massenheimekehr nach Friedensschluss ist eine der schwierigsten Fragen, die es zu lösen gilt und deren Bearbeitung jetzt schon in die Hand genommen werden muß, wenn wir nicht den berechtigten Vorwurf hinnehmen wollen, unvorbereitet den kommenden Dingen gegenüberzusehen. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben bereits im vergangenen Frühjahr und Sommer hierzu Stellung genommen und in einer gemeinsamen Eingabe an Bundesrat und Reichstag die Forderungen aufgestellt, deren Durchführung sie für notwendig halten. Jetzt beschäftigen sich auch weitere Kreise mit den zu erwartenden Schwierigkeiten, nachdem das Büro für Sozialpolitik schon vor längerer Zeit die Vorarbeiten hierzu in die Hand genommen hat.

Die Kriegswirtschaftliche Vereinigung in Berlin hat die weitere Bearbeitung dieser Frage vom Büro für Sozialpolitik übernommen und in einer kirchlich abgehaltenen Versammlung, an der Theoretiker und Praktiker in größerer Anzahl teilnahmen, die Grundlinien für ihre weitere Arbeit nach dieser Richtung festgelegt. Es sind Unterausschüsse gebildet worden, die jeder für sich ein bestimmtes Arbeitsgebiet zu erledigen haben. Diese Unterausschüsse sollen u. a. beraten über den Entlassungsplan, der bei Friedensschluss zu berücksichtigen sein wird, über die Frauenarbeit, den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenfürsorge, über An siedlung und Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten und Industrierorganisation, Kommunalpolitik, Anstaltenträgen, Wohnungswezen, Kriegerheimstätten und Finanzfragen.

Damit ist jetzt eine Zentralstelle geschaffen worden, die sich eingehend mit all den Problemen beschäftigt, die bei der Ueberleitung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft aufzutauchen werden. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es dieser Stelle im Interesse des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft gelingen möge, die rechten

Mittel und Wege zu finden, um größere Gefahren für unsere Volkswirtschaft zu verhüten. So ganz glatt wird der Uebergang ohnehin nicht möglich sein. Wenn es jedoch gelinnet, praktische Pläne vorzubereiten, die kommende Gefahren zu mildern geeignet sind, dann ist schon manches gewonnen. In den Ausschüß für Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge sind die Deutschen Gewerksvereine durch den Verbandsredakteur Lewin vertreten.

Katgeber für Kriegerfamilien. Unter den Angehörigen der Kriegsteilnehmer herrscht noch vielfache Unklarheit über die ihnen nach den Fürsorgegesetzen und Verordnungen zustehenden Ansprüche. Im Hinblick hierauf empfehlen wir erneut die Anschaffung des vom Geheimen Erpedierenden Sekretär im Kriegsministerium, Rechnungsrat Fischbacher, verfaßten „Katgeber für Kriegerfamilien“, der in kurzer allgemeinverständlicher Form auf alle derartigen Fragen entsprechend Auskunft erteilt. Die kleine Schrift, die unter dem Titel „Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt?“ im Verlage der Königlichen Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler u. Sohn, Berlin SW. 68, No. 68, erschienen ist, kann von unserm Verbandsbüro zum Preise von 25 Pf. bezogen werden. Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23, zu richten sind, ist der Betrag gleich mitanzulegen.

Vom Abfchrhein. Das Kriessamt weist in seinen „Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten“ auf eine Erscheinung hin, die die Notwendigkeit einer Aufklärung dringend geboten erscheinen lassen. Die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über den Abfchrhein, so heißt es da, sollen nicht allein der Kriegswirtschaft den Arbeiterstand nach Möglichkeit erhalten, sondern auch die Arbeiterschaft gegenüber gewissen Schäden, soweit sie nicht unvermeidlich sind, schützen.

Dieser Schutz der Arbeiterinteressen wird aber vielfach durch das Verhalten der Arbeiter selbst vereitelt. Will der Arbeiter, dem der Abfchrhein verweigert wird, mit Aussicht auf Erfolg den Schlichtungsausschüß anrufen, so darf er nicht damit anfangen, daß er ohne Gehalt die bisherige Arbeitsstelle verläßt, sich an einen weit entfernten Ort begibt, wo er Arbeit zu finden hofft, und von dort aus nun die Beschwerde an den Schlichtungsausschüß richtet. Die Fälle, in denen Arbeiter aus dem Provinz Bosen oder aus Westpreußen, nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet reisen und dann von Gelsenkirchen oder Bochum aus vom Schlichtungsausschüß in Bosen oder Thorn sofortige Zuwendung des Abfchrheins fordern, weil sie sehen, daß keine Zeche sie ohne solchen Gehalt einstellen, kommen zu Duzenden vor, und fast ebenso oft tritt das Umgekehrte ein, daß aus dem Osten stammende Arbeiter, die im Westen in Beschäftigung stehen, um mit ihren Familien vereinigt zu sein, nach der Heimat zurückkehren und erst von der Heimat aus wegen des Abfchrheins sich umtun. Gemeist liegt es überdies noch so, daß die Leute sich zunächst an den nicht zuständigen Ausschüß ihres neuen Aufenthaltsorts wenden, und daß die Beschwerde erst dem zuständigen Ausschüß der alten Arbeitsstelle überandt werden muß.

Auch in dem günstigeren Falle, nämlich in dem, daß gleich der zuständige Ausschüß angegangen wird, wird durch die Reise, durch den brieflichen Verkehr zwischen weit entfernten Orten, durch Rückfragen, die auf unständlichem schriftlichem Wege eriedigt werden müssen, sowie Zeitverräumt, daß die zweiwöchentliche Karenzfrist des § 9 des Hilfsdienstgesetzes ungenützt verstreicht und das Verfahren damit endet, daß die Beschwerde abgewiesen wird, weil ihr kein rechtliches Interesse mehr zurunde liegt. Der Ortswechsel ohne Abfchrhein hat also den Erfola, daß der Arbeiter volle 14 Tage ohne Verdienst bleibt, kommt es aber ausnahmsweise innerhalb der Frist zur Verhandlung vor dem zuständigen Ausschüß oder zur Entscheidung des Ausschüßes ohne mündliche Verhandlung, so steht der Arbeiter unmeinem benachteiligt da. Daß er 50 oder 80 Meilen zurückzulegen muß, um vor dem Ausschüß die Beschwerde zu vertreten, ist ausgeschlossen. Er muß sich auf den Schriftwechsel verlassen, und daß er in diesem Falle nicht so kräftig und erfolgreich führen kann, wie in der persönlichen Ansprache, das liegt auf der Hand.

Deshalb kann nur dringend davor gewarnt werden, daß jemand, ohne im Besitz des Abfchrheins zu sein, seinen Wohnort verläßt.

### Aus dem Verbande.

Die neuen Steuern. Die gewaltigen Kosten, die der Weltkrieg selbst und seine Wirkungen verursachen, werden allen beteiligten Völkern und auch dem deutschen ein vollgestuftes Maß von Steuern auferlegen. Was wir bisher zu spüren bekommen haben, ist nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was wir in der Zukunft werden schlucken müssen. Ueber die Pläne der Reichsregierung schwärmen nun jetzt schon die mannigfaltigsten Gerüchte herum, denen die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit folgenden Ausführungen entgegentritt:

„An das Reichsfinanzamt gelangen täglich Anfragen, ob diese oder jene Steuer, dieses oder jenes Monopol in der künftigen Steuerreform enthalten sei. Auch an die Vernehmung von Sachverständigen oder an die Einholung von Gutachten knüpfen sich häufig Erörterungen über die zukünftigen Pläne des Reichsfinanzamtes.“

Auf diese Anfragen und Gerüchte ist zu sagen, daß im Reichsfinanzamt alle Steuer-, Monopol- und Wirtschaftsmöglichkeiten durchberaten werden. Jeder Steuervorschlag wird nach seiner technischen Durchführbarkeit, seinen finanziellen Erträgen und auch nach seinen volkswirtschaftlichen und allgemeinen politischen Wirkungen geprüft. Wie der Generalstab alle Kriegsmöglichkeiten, die nur denkbar sind, in seinen Plänen vorstellt, so mußte auch das Reichsfinanzamt alle Steuermöglichkeiten in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen. Es gibt eben keine Steuer und kein Monopol, das nicht zunächst einer theoretischen Erörterung unterzogen würde. Aber ebenso wenig gibt es eine Steuer, über die schon ein endgültiger Beschluß gefaßt worden wäre. Auch die Steuerpläne des Auslandes, insbesondere der verbündeten Länder, werden verfolgt, um die Auswirkungen auf die Finanzen und die Volkswirtschaften jener Länder zu erkennen, und um gegebenenfalls für die eigene Steuerreform daraus zu lernen. Kombinationen über diese oder jene beschlossene Steuer, über dieses oder jenes zur Einführung gelangende Monopol greifen daher den Tatsachen vor. In Bemerkungen, die aus den Gerüchten entstehen, liegt also keine Veranlassung vor.“

Dazu möchten wir nur kurz bemerken, daß man sich im Volke mit der Tatsache, daß ergiebige Geldquellen erschlossen und von dem einzelnen größere Kosten als bisher getragen werden müssen, abgefunden hat. Die Hauptsache ist, daß man die Sache an der richtigen Seite erfährt, vor allem die Minderbemittelten möglichst geschont und alle Pläne verworfen werden, die eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeizuführen geeignet sind.

Zum Begriff des Entgelts hat das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung getroffen. Nach § 100 VVD. gehören zum Entgelt neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- oder andere Bezüge, die der Verdienerte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohns oder neben ihnen von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Es fallen insond unter den Entgelt alle vermögensrechtlichen Vorteile, die dem Beschäftigten als Vergütung für seine Arbeit tatsächlich gewährt werden. Nun hat das Reichsversicherungsamt am 16. August 1917 grundsätzlich entschieden, daß zum Entgelt auch die Kriegszuschüsse oder Leuerungszulagen zu rechnen sind, die während des jetzigen Krieges in zahlreichen Fällen Angestellten und Arbeitern im Hinblick auf die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufene Teuerung der Lebensverhältnisse gewährt werden, denn diese Zulagen fließen den Beschäftigten nicht außerhalb des Beschäftigungsverhältnisses zu, sondern aus Anlaß der Tätigkeit im Betriebe und als Gegenleistung für diese Tätigkeit. Ob die Leistungen nur auf unbestimmte Zeit gewährt würden, widersürren werden könnten und nicht klagbar seien, sei für den Begriff des Entgelts unerheblich; auch auf die Beweggründe komme es nicht an, nur dürften die Anwendungen nicht auf einer Freigabe des Arbeitgebers beruhen. Als solche Geschenke stellen sich die Leuerungszulagen, die in regelmäßiger Wiederkehr auf längere Zeit gewährt würden, nicht dar. Leuerungszulagen würden während des Krieges gezahlt, um die infolge der allgemeinen Verteuerung in ihrem Werte gesunkene Gegenleistung des Arbeitgebers auf die zur Zeit angemessene Höhe zu bringen und die Lohnhöhe den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder anzupassen. Bei Berechnung des Grundlohnes müßten daher solche Leuerungszulagen berücksichtigt werden, so daß der Uebertritt in eine höhere Lohnklasse oder Lohnstufe verlangt werden könne.

Berlin. Die 301. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 4. November, abends 7 Uhr in der Singakademie, am Festungsgraben 2, statt. Zum Vortrag gelangt: „Aus Berlins Wiedererwartungen“, Alt-Berliner Humor vor 100 Jahren in Wort und Bild, Herr Alfred Pieler als Vortragender. Herr Kammerjäger Kurt Friedrich: Gesang. Herr Kurt Schubert: Klavier.

Vom Schwarzwald. Auch in unserer abgelegenen Gegend herrschte im vergangenen Monat reges Gewerkeereisen. Die Versammlungen, die abgehalten wurden, erzielten sich durchgängig eines außerordentlich guten Besuchs, ein Beweis, daß unsere Bewegung hier nicht ins Stocken gekommen ist, sondern ebenfalls rüstig vorwärts schreitet. Die vierteljährliche Ortsverbandversammlung in Schramberg legte dafür bedeutendes Zeugnis ab. Wir konnten als Referenten den Kollegen Reichelt, Spremberg begrüßen, der auf einer Reise durch Württemberg und Baden begriffen war und die Gelegenheit benutzte, auch unseren Ortsverband zu besuchen. Der erste Teil der Sitzung wurde ausgefüllt mit der Verlesung der zahlreichen Protokolle von Ortsverbandversammlungen, außerordentlichen Sitzungen und Kommissionssitzungen. Daran war zu ersehen, welche reiche Arbeit im vergangenen Vierteljahr hier geleistet worden ist. Insbesondere verdient eine vom Kollegen Fuchs geleitete Lohnarbeitbewegung Erwähnung, die den beteiligten Arbeitern eine wertvolle Erhöhung der Stundenlöhne und den freien Sonntags- und Nachmittagsruhe brachte. Ferner verdient die Gründung der Ortsvereine der Frauen und Mädchen in Lauterbach und Schramberg besonders hervorgehoben zu werden, die ebenfalls viel Mühe beanspruchte. Die beiden neuen Ortsvereine sind in erfreulichem Fortschreiten begriffen; ihre Leitung liegt in besten Händen. Auch mit den Wahlen zu den durch das Hilfsdienstgesetz erforderlichen Arbeiterausschüssen hat sich der Ortsverband beschäftigt und zwar mit gutem Erfolge. In Schramberg wurde auf Anregung der Gewerkevereine und mit Hilfe der anderen Organisationen der zum Teil aus Beamten der Fabrik bestehende Arbeiterausschuß besetzt und ein anderer gewählt, in dem lauter organisierte Vertreter sitzen, wobei auch wir die uns zukommende Stimmerechten. Besonders Dank und Anerkennung gebührt dem Ortsverbandsführer Franz Rossmann, der unermüdet für unsere Sache tätig gewesen ist.

Dann erhielt das Wort zu seinem Vortrage über „Die deutsche Arbeiterbewegung im Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ Kollege Reichelt. Er gab zunächst in großen Zügen einen Rückblick auf den Weltmarkt und die Entwicklung der Industrie in den letzten 50 Jahren. Das schnelle Aufwärtkommen Deutschlands war den Engländern ein Dorn im Auge und die eigentliche Ursache für den Krieg. Weiter streifte der Redner das deutsche Arbeiterbewegungswesen, die Sozialpolitik, die im Vergleich zu allen anderen Ländern die fortschrittlichste ist. Die Ziele der deutschen Arbeiter seien zwar noch nicht erreicht; desto mehr müßte gearbeitet und getrebt werden, um endlich zum Ziele zu kommen. In sachlicher und leicht verständlicher Weise schilderte der Vortragende sodann die Arbeiterbewegung der Gegenwart, die Lage der verschiedenen Industriezweige und ihrer Angehörigen, sowie die Tätigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen in den einzelnen Betrieben. Heute stehe die Industrie gewissermaßen in einer Umwälzung, wodurch in den verschiedenen Zweigen eine Verchiebung stattfindet. Dieser Umstand sei Veranlassung gewesen zu einer zum Teil schon erfolgten Stellungnahme der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern. Redner schloß seine Ausführungen mit einer Mahnung zur regen Mitarbeit in den Ortsverbänden, damit in der Zeit der Not Arbeiter und Arbeiterinnen geschützt und sichergestellt werden könnten. Die Bewegung hervorbringen. Der Redner erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Wie sehr er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte zeigte die einstimmige Annahme einer Entschickung, die sich vollständig mit den Darlegungen des Referenten deckte.

In Schiltach sprach Kollege Reichelt in einer vom Ortsverein der Textilarbeiter einberufenen Arbeiterversammlung der Firma Karlin, die der ungenügende Lohnverhältnisse herrschten. Kollege Reichelt verstand es, den zahlreichen Anwesenden klarzumachen, daß die Hauptverwaltung des Gewerkevereins der Textilarbeiter es sich nicht hat anlegen zu lassen, die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Deshalb wurde ihm auch der Auftrag erteilt, mit der fraglichen Firma wegen der Neuregelung der Lohnverhältnisse in Verbindung zu treten. Mit Genehmigung kann jetzt gestellt werden, daß die am anderen Tage eingeleiteten Bemühungen des Kollegen Reichelt nicht vergeblich waren, sondern daß ihm eine Erhöhung der Stundenlöhne sowie eine Revision der Arbeitsbedingungen zugesagt wurde. Diese Tatsache beweist am besten, daß da, wo die Deutschen Gewerkevereine eingreifen, auch praktische und zielbewusste Arbeit geleistet wird. Die Schiltacher Textilarbeiter mögen daraus die richtige Lehre ziehen und mehr Interesse an Organisationsleben zeigen als bisher. Mit Schimpfen und Schellen in der Werkstatt und in der Wirtschaft wird nichts erreicht, sondern nur durch Anschließ und tatkräftige Mitarbeit im Gewerkeverein.

Auch der Gewerkeverein der Fabrik- und Handarbeiter ließ durch eine sehr gutbesuchte Versammlung in Lauterbach erkennen, daß er an der allgemeinen Aufwärtbewegung teilnehmen will. Hier war als Referent der Kollege M u r a f s c h - Berlin erschienen.

des das Thema: „Krieg, Teuerung und Arbeitslohn“ erörterte. Es kann festgesetzt werden, daß diese Versammlung auch von Gewerkevereinskollegen der anderen Vereine sehr zahlreich besucht war, so daß das Lokal sich fast als zu klein erwies. Auch die Ausführungen des Kollegen Murausch wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und wie sehr er nach dem Sinne seiner Zuhörer gesprochen hatte, das bewies die reichhaltige Ausprober, in der sich alle Redner mit dem Referenten einverstanden erklärten.

Nun kommt es darauf an, das Werk, das mit dieser Agitation begonnen wurde, fortzuführen. Einen praktischen Erfolg haben die unterbreiteten Versammlungen erst dann, wenn auch tatkräftige Nacharbeit geleistet und von allen Kollegen versucht wird, der Gewerkevereinsfrage neue Anhänger zuzuführen.

### Versammlungen.

Berlin. Distriktklub der Deutschen Gewerkevereine. Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 7. Nov., ab 8 1/2 Uhr. — Konfirmandenverein Groß-Berlin (Ortsv. II S.-D.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dickenstraße 1. Die beiden anderen Dienstag-Sitzungen, Bülowstraße 93 bei Gersch. — Sonnabend, den 3. November 1917. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8 1/2 Uhr, Jährlaubend im „Nordwest-Kaffee“, Alt-Mohrstr. 57.

### Literatur.

Zwei Heft, „Bagdad-Babylon-Rivier“ 165 Seiten, 26 Abbildungen, 16 Photographien, 10 Zeichnungen (einschl.). Feldpostausgabe 1 Mk. Leipzig, F. A. Brockhaus. — Es handelt sich nicht um ein Kriegsbuch im engeren Sinne, aber doch ein Buch, das auf seiner Seite die machtvolle kriegerische Zeit seiner Entstehung veranschaulicht. Der Leser hört den Schritt türkischer Marschkolonnen auf jenen Höhenrücken, auf denen ehemals die Streitmacht babylonischer und assyrischer Könige einherzog; er sieht deutsche Batterien in türkischen Diensten den künftigen Guphrat hinabziehen, Odin begleitet sie auf einer abenteuerlichen romantischen Sturmeisere über 1000 Kilometer den Fluß abwärts. Der Kanonen Donner von Antak-Anata erdröhnt, die Palmen- und Märchenstadt Bagdad ist voller Zerschmetterter, 500 englische Offiziere, darunter der Oberbefehlshaber General Tommehend, werden als Gefangene eingekerkert und überall wandern die weißen und farbigen Engländer unter türkischer Bedeckung nordwärts. Odin schildert in gewohnter Meisterkraft das Leben der Nomaden des Zweistromlandes zwischen Guphrat und Tigris und damit auch das Elend der armenischen Flüchtlinge, die das unerlöschliche Geblut des Krieges von der türkisch-russischen Front nach Süden verdrängt hat.

Ueber diese Tagesereignisse zeigen die Schatten einer großen Bergarbeiterschaft beherzigt empör. Odin besucht die Ruinenfelder von Babylon und Ninive; er zeigt uns die Trümmer des Turmes von Babel, der assyrischen und babylonischen Tempel und all der gigantischen Bauelemente, deren Ziegelsteinen die Namen eines Nebukadnezar, Sardanapal und anderer berechnen. Ereignis und Persönlichkeiten, die uns wie Sage und Mythe berühren, nehmen greifbare Wirklichkeit an, und in anfangenden Bildern zieht die ganze Menschheitsgeschichte an uns vorüber.

Ganz besonderen Dank schuldet die deutsche Leserschaft dem tapferen Schweden abermals für sein unbedingtes Eintreten für Deutschland, das er auch in diesem Buch auf seiner Seite verleiht. Im Gegenstück Gleich das erste Kapitel „Die Türkei im Weltkrieg“ ist ein so prächtiges, hoffnungsvolles Bekenntnis zur deutschen Sache, daß es gerade in diesen Tagen der inneren Kämpfe jedem Kleinmütigen nicht schonek genia in die Hand gegeben werden kann.

### Anzeigen-Teil.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen:

### Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Von Karl Goldschmidt.

Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. März 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pf. 6 Stück kosten 1,00 Mk., 12 Stück 1,80 Mk.

Bei Bestellung, die an den Verbandsführer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbillett erfolgen.

### Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Stich-Punkt) NO. 55, Greifswalderstraße 221-23 wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen. Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4709.